

Änderungsantrag zum Leitantrag – Projekt Ländlicher Raum

Beschluss aus der Landesvorstandssitzung am 10. Juli 2015

Beschluss:

Der Landesvorstand der LINKEN Sachsen übernimmt den Änderungsantrag zum Leitantrag.

**Maßnahmen der
Öffentlichkeitsarbeit:**

Veröffentlichung im Internet (www.dielinke-sachsen.de)

Den Beschluss sollen erhalten:

Landesvorstandsmitglieder, Landesratsmitglieder, Kreisvorsitzende, Ortsvorsitzende, sächsische Mitglieder im Bundesausschuss, Fraktionsvorstand der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Pressesprecher der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag; Fraktionsgeschäftsführer der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Landesparteitagsdelegierte, sächsische Bundesparteitagsdelegierte, Landesweite Zusammenschlüsse, Jugendkoordinatorin

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich übernommen.

F.d.R.

Dresden, 17. Juli 2015



Antje Feiks
Landesgeschäftsführerin

Einfügung ab Zeile 846:

„Projekt: Verankerung und inhaltliche Debatte im Ländlichen Raum

- 1. Um die Verankerung der LINKEN in den Flächenkreisen zu erhalten bzw. wieder neu zu strukturieren, wird der Landesvorstand damit beauftragt, anknüpfend an die Wahlauswertungen der Kreisverbände sowie dort stattfindenden Debatten gemeinsam mit den jeweiligen Kreisverbänden regionale Konzepte zu erarbeiten, wie wir gesellschaftliche AkteurInnen an uns binden und für LINKE Politik begeistern können.*
- 2. Weiterhin werden der Landesvorstand und die Kreisverbände beauftragt, Methoden zu finden, wie wir inhaltliche Debatten in den Flächenkreisen entwickeln und führen können und wie es uns gelingen kann, gesellschaftliche Diskurse zu relevanten Fragestellungen vor Ort anzustoßen. Dabei kann der Landesvorstand nur einen Rahmen entwickeln, der dann auf die Kreise bzw. Regionen heruntergebrochen wird. Ziel muss es sein, Perspektiven der Kreise unter den Prämissen der sozialen Gerechtigkeit, der Solidarität, der Zukunftsfähigkeit zu diskutieren.*
- 3. Für diese beiden Schwerpunkte sollte der Landesvorstand bis Mitte 2016 erste Anknüpfungspunkte gemeinsam mit den Kreisverbänden entwickelt haben.“*

Begründung:

In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass es wenig sinnvoll ist, ein Konzept für alle zu beschließen. Es macht den Anschein, als ob die Konzepte zu abstrakt und vor Ort zu wenig anknüpfungsfähig sind. Die Personalentwicklungskonzepte I und II wurden auf gemeinsamen Beratungen von Landesvorstand, Landesrat und Kreisvorsitzenden diskutiert und einstimmig beschlossen. Die daraus erwachsene Aktivität ist unterschiedlich in den einzelnen Regionen. Aus diesem Grund sollten wir hier innerparteilich neue Wege suchen, wie wir Austausch und Individualität der Regionen abbilden können.

Kreistage treffen sich nur einmal im Vierteljahr und arbeiten zu 100% ehrenamtlich. Weiterhin finden sich in allen Kreistagen BürgermeisterInnen bzw. GemeinderätInnen, für die oft an erster Stelle die Interessen ihrer eigenen Kommunen stehen, als daß sie den gesamten Kreis im Blick haben. Das kann man ihnen auch nicht verdenken. Dank der Funktional- und Verwaltungsreform sind die Kreise so groß, dass der Norden des Kreises mitunter nur wenig mit dem Süden zu tun hat. Deshalb darf LINKE Kreispolitik nicht allein den Kreistagsfraktionen überlassen werden, sondern sie muss aus der Partei heraus geführt werden.

Weiterhin ist LINKE Kreispolitik, die über das Heute hinaus reicht, eine Chance für uns als Partei. Diese braucht Inhalt und AkteurInnen gleichermaßen.